

Erledigung der Tagesordnung:**A. Öffentlicher Teil****Punkt 1: Weiterentwicklung der Strukturen des NWL
Vorlage: 0318/2024/KREIS**

Frau Dr. Schwenzow erklärt die Vorlage und betont, dass der NWL die Kommunen im Vorfeld über die Strukturreform sehr gut informiert hat. Die Unterlagen seien sehr umfangreich und klar gestaltet worden, alle Beteiligten seien gut mitgenommen worden. Inhaltlich gehe es hier zunächst um die 1. Phase der Strukturreform, die unter anderem einen hauptamtlichen Verbandsvorsteher, sowie effizientere Entscheidungsstrukturen vorsehe.

Herr Höschler ergänzt, es handele sich bei der zur Abstimmung vorliegenden Version der 1. Phase der Strukturreform um einen guten Kompromiss, dem die SPD-Fraktion zustimmen werde.

Herr Himmel erklärt, dass die zur Abstimmung vorliegende Version der 1. Phase der Strukturreform eine einfachere und kleinere Lösung darstelle. Er halte das Vorgehen des NWL für den richtigen Weg; eine umfangreichere Anpassung gleich in der 1. Phase vorzunehmen, hätte sich als zu komplex erwiesen. Außerdem weist Herr Himmel auf einen redaktionellen Fehler in der Tabelle auf Seite 4 in der Zusammensetzung des Lenkungskreises in der Vorlage hin.

Beschluss: einstimmig beschlossen

1. Der Kreistag nimmt den Sachstandsbericht mit der angepassten Vorgehensweise und Zeitplanung bis September 2025 zur strukturellen Weiterentwicklung des NWL zur Kenntnis (Anlage 1).
2. Der Kreistag stimmt der Satzungsänderung des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe gem. Anlage 2 als ersten Schritt zur Weiterentwicklung der Strukturen des NWL zu.
3. Der Kreistag mandatiert seine entsandten VertreterInnen in den Verbandsversammlungen des Mitgliedszweckverbandes ZVM sowie des NWL, der Vorgehensweise (Anlage 1) sowie der Satzung des NWL (Anlage 2) zuzustimmen.
4. Der Kreistag entsendet die nachfolgenden VertreterInnen in die Steuerungsgruppe HVB (Hauptverwaltungsbeamte) und Facharbeitskreise zur inhaltlichen und aufgabenorientierten Ausgestaltung des NWL als Mobilitätsverbund sowie die Vorbereitung der Umsetzung der Strukturreform (Phase 2): Dr. Elisabeth Schwenzow (Steuerungsgruppe HVB); Dr. Gerswid Altenhoff-Weber (Facharbeitskreise)

**Punkt 2: 2. Controllingbericht der Budgets 07, 09 und 12 zum 30.09.2024
Vorlage: 0290/2024/KREIS**

Beschluss: Kenntnisnahme

Der Ausschuss für Verkehr und Bauen nimmt den 2. Controllingbericht zum 30.09.2024 für die Budgets 07 – Verkehr, 09 – Geoinformation und Liegenschaftskataster sowie 12 – Straßen, Gebäude und Grünflächen zur Kenntnis.

Punkt 3: Änderung der Gesellschaftsverträge der WestfalenTarif GmbH und der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH
Vorlage: 0310/2024/KREIS

Frau Dr. Schwenzow erklärt, dass es bei der Änderung des Gesellschaftsvertrages um die Vermeidung einer Pflicht zur Erstellung einer CSR-Nachhaltigkeitsanalyse gehe.

Beschluss: einstimmig beschlossen

1. Der Kreistag stimmt den vorgeschlagenen Änderungen der Gesellschaftsverträge der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH und der WestfalenTarif GmbH entsprechend der Darstellung in den Anlagen 1 und 2 zu.
2. Der Kreistag weist die Vertretung des Kreises Borken in der Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH an, dem Beschluss zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr Lippe GmbH sowie der Mandatierung zur Änderung des Gesellschaftsvertrags der WestfalenTarif GmbH zuzustimmen. Das Stimmrecht kann auch mit Hilfe einer Bevollmächtigung einer berechtigten Vertretung ausgeübt werden.

Punkt 4: Tarifmaßnahmen 2025 im WestfalenTarif für das Münsterland (Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe)
Vorlage: 0298/2024/KREIS

Frau Dr. Schwenzow stellt dar, dass die Tarife im WestfalenTarif-Raum um 5% bis 6% erhöht werden soll. Sie erklärt, dass eine Tarifierhöhung auch Auswirkungen auf die Erstattungen aus den Deutschlandticket-Zuwendungen habe.

Frau Timotijevic erkundigt sich, ob es auch bei Wegfall der zu entwertenden Papiertickets noch möglich sei, Einzeltickets beim Busfahrer oder an Ticketautomaten zu erwerben. Frau Dr. Schwenzow erklärt, dass es beim Wegfall der zu entwertenden Papiertickets insbesondere um Abo-Tickets bzw. Gruppen-Tickets gehe. Für Bocholt gelte dabei noch die in der Vorlage beschriebene Ausnahme. Tickets für Einzelfahrten seien jedoch nicht betroffen, da diese nicht entwertet werden müssen. Diese Fahrscheine könnten nach wie vor auch als Papiertickets erworben werden. Herr Henrichs ergänzt, dass auch Tickets aus Ticketautomaten nicht betroffen seien, da diese ebenfalls nicht entwertet werden müssten.

Frau Timotijevic und Herr Höschler erklären, dass sie gegen die Tarifierhöhung seien. Herr Höschler ergänzt, der ÖPNV solle günstig sein. Die Kosten für die Kundinnen und Kunden sollten dabei möglichst niedrig gehalten werden, um den ÖPNV attraktiv zu halten. Aufgrund der Kopplung an die Deutschlandticket-Zuwendungen, sowie der Regresspflicht bei Ablehnung der Tarifierhöhung, werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung allerdings enthalten. Frau Timotijevic und Herr Warschewski schließen sich den Ausführungen Herrn Höschlers an und erklären ebenfalls, sie würden sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Brandt plädiert dagegen für einen kostenlosen ÖPNV nach dem luxemburgischen Vorbild. Er werde daher gegen die Tarifierhöhung stimmen.

Herr Himmel weist auf die finanziellen Zwänge im ÖPNV hin. Die Kosten stiegen stetig an, sodass eine Tarifierhöhung gerechtfertigt sei. Er werde dem Beschlussvorschlag daher zustimmen.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
7 Enthaltungen

Die Vertreterinnen bzw. Vertreter des Kreises Borken werden beauftragt, in den Beschlussgremien des WestfalenTarifes und der Tarifgemeinschaft Münsterland-Ruhr-Lippe die Zustimmung zu einer Tarifmaßnahme zum 01.08.2025 in der inflationsbedingten Höhe

- von 5 % bis 6 % für die M-Preisstufen innerhalb des Tarifraumes Münsterland – Ruhr-Lippe sowie
- von 5 % bis 6 % für die W-Preisstufen des WestfalenTarifes

zu beschließen.

Punkt 5: Anpassung der allgemeinen Vorschrift zum Deutschlandticket und Bericht zum Deutschlandticket
Vorlage: 0308/2024/KREIS

Frau Dr. Schwenzow erklärt, dass die allgemeine Vorschrift für das Deutschlandticket für das Jahr 2025 zunächst bis zum 30.06. befristet werden solle.

Beschluss: einstimmig beschlossen

1. Soweit auf der Grundlage der noch zu erlassenen Richtlinien für Zuwendungen aus dem Deutschlandticket im ÖPNV in NRW für das Jahr 2025 die Finanzierung des Deutschlandtickets gesichert ist, oder Bund und Länder eine vergleichbare Finanzierungsregelung für das Jahr 2025 treffen, wird die Verwaltung ermächtigt, die allgemeine Vorschrift zum Deutschlandticket ebenfalls zu verlängern oder entsprechend anzupassen und den Höchsttarif festzulegen.
2. Der Bericht zum aktuellen Stand des Deutschlandtickets wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6: Umwandlung von Teilen des On-Demand-Verkehrs in Gronau in Linienverkehr und dessen Aufnahme in das Linienbündel BOR 1
Vorlage: 0309/2024/KREIS

Frau Dr. Altenhoff-Weber erklärt, die Stadt Gronau habe eine Reduzierung der On-Demand-Verkehre beschlossen. Dabei sollten einige Verkehrsleistungen in den Linienverkehr integriert werden. Der Kreis Borken als Aufgabenträger für den ÖPNV werde die RVM daher mit der Erbringung dieser Verkehrsleistungen beauftragen.

Herr Brandt kritisiert, das System „On-Demand-Verkehr“ sei hoch gelobt worden, jedoch habe die Stadt Gronau zu lange gewartet, ein entsprechendes Konzept vorzulegen, bzw. dieses fortzuschreiben.

Herr Jasper erklärt, es sei beim On-Demand-Verkehr eher darum gegangen, das System auszuprobieren. Dabei habe sich nunmehr gezeigt, dass die Kosten einfach zu hoch geworden seien.

Beschluss: einstimmig beschlossen

1. Der bislang als On-Demand-Verkehr betriebene Stadtverkehr Gronau wird werktags zwischen 06 Uhr und 19 Uhr in Linienverkehr umgewandelt und unter den Linienbezeichnungen C1, C2 und C3 in das Linienbündel BOR 1 aufgenommen.
2. Die Liniensteckbriefe der neuen Buslinien C1, C2 und C3 werden Bestandteil des 3. Nahverkehrsplans des Kreises Borken.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) auf Grundlage des bestehenden ÖDAs mit den zusätzlichen Leistungen im Linienbündel BOR 1 ab dem 07.01.2025 zu beauftragen.
4. Ferner wird die Verwaltung ermächtigt, den On-Demand-Verkehr zu den in der Anlage 1 zum Vertrag über die Organisation und den Aufwendersatz für den Orts- und Stadtverkehr beschriebenen Betriebszeiten, dem Bedienungsgebiet (Anlage B1) und der Haltestellenübersicht (Anlage B 2) durch die RVM fortführen zu lassen.
5. Die Kosten des Stadtverkehrs Gronau werden über den Vertrag über die Organisation und den Aufwendersatz für den Orts- und Stadtverkehr direkt zwischen der Stadt Gronau und der RVM abgerechnet. Die Verwaltung wird ermächtigt die als Anlage zur Beschlussvorlage beigefügte Vereinbarung abzuschließen.

Punkt 7: Fahrplananpassung der Linie S70
Vorlage: 0314/2024/KREIS

Frau Dr. Altenhoff-Weber erklärt, dass die RVM ein aktualisiertes Fahrplankonzept für die S70 erstellt habe, da es in der Vergangenheit häufig notwendig gewesen war, Verstärkerbusse einzusetzen. Das neue Fahrplankonzept führe zu positiven Auswirkungen und Synergien, gerade auch werktags in den Abendstunden. Außerdem entstünden durch die Anpassung des Fahrplans keine Mehrkosten.

Herr Henrichs begrüßt die Fahrplananpassung. Er regt an, die letzte Fahrt an Sonntagen von Ahaus Richtung Münster auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen. Frau Dr. Altenhoff-Weber erklärt, die RVM habe dies bereits geprüft, aufgrund der angespannten Personalsituation sei es allerdings nicht möglich, die Fahrt zu verschieben.

Herr Jasper ergänzt zum Vorbehalt unter Beschlussvorschlag Nr. 4, dass der Kreis Steinfurt den Anpassungen bereits zugestimmt habe.

Beschluss: einstimmig beschlossen

1. Das Fahrplanangebot der S70 wird entsprechend den in der Anlage beigefügten Fahrpläne geändert.
2. Der geänderte Liniensteckbrief wird Bestandteil des Nahverkehrsplans des Kreises Borken.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die RVM zu beauftragen, das geänderte Fahrplanaangebot zum 01.02.2025 umzusetzen.
4. Sämtliche Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt, dass der Kreis Steinfurt, den

Fahrplananpassungen ebenfalls zustimmt.

Punkt 8: Fortschreibung des Mobilitätskonzeptes des Kreises Borken
Vorlage: 0315/2024/KREIS

Frau Dr. Schwenzow erklärt, dass die Weiterentwicklung des Mobilitätskonzeptes bisher im Rahmen einer IAG durchgeführt wurde. Dieses Mal habe sich die Verwaltung allerdings dazu entschieden, das Thema direkt im Ausschuss zu beraten. Dabei gehe es im Wesentlichen um die Themen Automatisches Fahrgastzählsystem, Erreichbarkeitsanalyse, Pendlerportal und Weiterentwicklung der BuBiM-App.

Frau Timotijevic hält die BuBiM App für problematisch, weil diese nicht in ganz NRW nutzbar sei. Sie befürworte eher Apps, die einen größeren geografischen Bereich abdecken, wie z. B. die App „NRW mobil“. Diese App enthalte beispielsweise ebenfalls Echtzeitdaten.

Frau Dr. Schwenzow erklärt, dass die BuBiM App im gesamten Münsterland eingesetzt werde und von der WVG betrieben werde. Außerdem sichere die BuBiM App Liquidität für die Verkehrsunternehmen der WVG Gruppe, da das Entgelt für Tickets, die über diese App gekauft werden, direkt der WVG zufließe. Die Einnahmen aus der BuBiM App nehme für die Liquidität der Verkehrsunternehmen eine entscheidende Rolle ein. Herr Höschler ergänzt, dass es bei der BuBiM App schließlich auch möglich sei, neue Module, wie z. B. die Buchung von Fahrradabstellanlagen zu implementieren. Bei anderen Apps, wie NRW mobil habe der Kreis hingegen keinen Einfluss auf die angebotenen Funktionen.

Außerdem erkundigt sich Frau Timotijevic, auf welchen Linien bereits automatische Fahrgastzählsysteme eingesetzt werden. Frau Dr. Schwenzow erklärt, dass diese bisher nur auf einzelnen Fahrten, z. B. auf der S75 eingesetzt werden. Sie betont, dass insbesondere der Datenverarbeitungsprozess in der Praxis schwierig zu sein scheint, weshalb die Systeme bisher noch nicht in den Bussen der RVM eingesetzt werden konnten. Die RVM und auch andere Verkehrsunternehmen und Verbände arbeiteten allerdings hier bereits an Lösungen.

Frau Timotijevic regt an, sich beim Pendlerportal geografisch nicht ausschließlich auf den Kreis Borken einzuschränken. Frau Dr. Schwenzow erläutert dazu, dass genau dies ein Aspekt in der neu gegründeten IAG-Pendlerportal sei. Dort werde man sich genau mit solchen Fragestellungen auseinandersetzen.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Der Sachstand zur Fortschreibung des Mobilitätskonzeptes wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen über die Entwicklung der Zielindikatoren des Mobilitätskonzeptes zu berichten.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, die in der Sachdarstellung beschriebenen Steckbriefe zu erstellen und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Punkt 9: Antrag der SPD-Fraktion vom 08.10.2024 - Änderungsantrag T 79

Herr Höschler erklärt den Antrag der SPD-Fraktion, der sich auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 25.07.2024 und die dazu verfasste Stellungnahme der Verwal-

tung vom 15.08.2024 beziehe. Da die RVM an Samstagen und Sonntagen keine zusätzlichen Fahrten anbieten konnte, sei ein entsprechender geänderter Antrag eingereicht worden.

Herr Henrichs gibt zu bedenken, dass an Sonntagen noch immer eine Lücke im Fahrplan vorhanden sei.

Herr Himmel beantragt im Hinblick auf die angespannte Haushaltssituation, sowie die erwartete Fertigstellung Erreichbarkeitsanalyse Anfang des Jahres 2025, die Vertagung des Antrags in die Haushaltsberatungen im ersten Sitzungsblock 2025.

Beschluss: 16 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

Der Antrag wird in die 1. Sitzungsrunde 2025 vertagt.

Punkt 10: Mitteilungen der Verwaltung

Frau Dr. Altenhoff-Weber greift Anfragen von der letzten Sitzung aus, die inzwischen durch die Verwaltung aufgeklärt werden konnten:

- Es gab Probleme mit den EFA-Daten bzgl. der RE19 insbesondere in Bocholt. Die Verwaltung habe Kontakt zum VRR aufgenommen, dort habe man das Anliegen geprüft. Seitdem seien keine Beschwerden mehr bzgl. der EFA-Daten beim Kreis Borken eingegangen.
- In der Vergangenheit waren veraltete Infos auf den Bildschirmen der RVM-Busse aufgetaucht. Die Verwaltung habe dazu die RVM kontaktiert. Dieses Problem sei nur sehr vereinzelt aufgetreten, nämlich, wenn ein Boardrechner ausnahmsweise defekt oder nicht korrekt mit den Bildschirmen verbunden war.
- In der Septembersitzung wurde angefragt, ob es möglich sei, TaxiBusse beim Busfahrer bzw. durch die BuBiM App zu bestellen. Eine Bestellung des TaxiBusses beim Busfahrer sei aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Die Verwaltung habe dazu Kontakt mit der RVM aufgenommen. Insbesondere sei es für das Fahrpersonal zeitlich nicht leistbar, aus dem Fahrzeug heraus den TaxiBus zu bestellen. Die RVM arbeite allerdings daran, die Fahrpläne der TaxiBus Linien in die BuBiM App zu integrieren, sodass ein TaxiBus künftig über die App bestellt werden könne.

Frau Dr. Schwenzow gab daraufhin einen kurzen Ausblick auf die Erreichbarkeitsanalyse, sowie die bereits durchgeführte Fahrgastzählung. Beides soll in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauen vorgestellt werden. Weiterhin erklärt sie, dass im Rahmen der Erreichbarkeitsanalyse noch einige Annahmen entwickelt, Parameter definiert und Aggregationen festgelegt werden müssten. Details werde man in den nächsten Sitzungen beraten können. Bzgl. der Fahrgastzählung stellt Frau Dr. Schwenzow noch einmal dar, dass das beauftragte Unternehmen Probleme bei der Akquirierung von Personal hatte, weshalb die letzten Fahrten erst im September gezählt werden konnten. Gezählt würden alle Schnell- und RegioBus Linien, die nicht von der RVM betrieben werden. Die RVM zähle die eigenen Linien selbst. Der zu erstellende Bericht über die Fahrgastzählung werde im Laufe des Monats November erwartet.

Herr Dr. Render regt an, bei der Erreichbarkeitsanalyse und der Fahrgastzählung auch die Schienenverkehre, insbesondere Gronau-Münster zu berücksichtigen.

Frau Dr. Schwenzow bringt das Thema „Fahrradrandstreifen“ in die Sitzung ein, da Kreisratsmitglied Nordholt in der vergangenen Sitzung des Kreistags anregte, das Thema im zuständigen Ausschuss zu beraten. Frau Dr. Schwenzow stellt zur Debatte, ob die Verwaltung in einer der kommenden Sitzungen einen entsprechenden Vortrag entwickeln soll.

Herr Jasper begrüßt den Vorschlag grundsätzlich. Er halte es für sinnvoll, dass die Verwaltung die rechtlichen Rahmenbedingungen zu diesem Thema einmal aufbereitet.

Herr Höschler erklärt, die SPD-Fraktion wünsche sich ebenfalls eine entsprechende Darstellung in einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Verkehr und Bauen.

Frau Dr. Schwenzow kündigt daraufhin an, die Verwaltung werde je nach Umfang der Tagesordnung in der nächsten oder übernächsten Sitzung einen entsprechenden Vortrag vorbereiten.

Herr Sonntag teilt mit, dass die Dreifachsporthalle am Berufskolleg Bocholt West nunmehr fertiggestellt und endabgerechnet ist. Die tatsächlichen Kosten lagen bei 10,45 Mio. EUR. Damit konnte der Planwert von 10,7 Mio. EUR eingehalten und sogar leicht unterschritten werden.

Punkt 11: Anfragen

Herr Höschler erkundigt sich nach dem Sachstand bzgl. der häufigen Ausfälle der Nachtbusse. Frau Dr. Schwenzow erläutert dazu, der Markt sei noch immer angespannt, die Personalsituation bei den Verkehrsunternehmen sei noch immer problematisch.

Herr Henrichs fragt nach, ob bei der R61 eine Fahrplananpassung dergestalt geplant ist, dass die letzte Fahrt werktags auf einen früheren Zeitpunkt verlegt wurde, da der Bus dort in letzter Zeit häufig zu früh abgefahren sei. Frau Dr. Altenhoff-Weber erklärt dazu, dass sie dazu bereits das Verkehrsunternehmen kontaktiert hatte. Dieses bestreitet jedoch, dass der Bus dort zu früh abgefahren sei, die Linie sei aktuell eher verspätungsanfällig. Sie stellt auch heraus, dass der Fahrplan mit der Neuausschreibung ab dem 07.01.2025 leicht modifiziert werde, um höhere Fahrplansicherheit zu erreichen.

Markus Jasper
(Vorsitzender)

Philipp Elting
(Schriftführer)